

Der Kampf gegen den Imperialismus.

Grell beleuchtet die neu eingebrachte Rüstungsvorlage die politische Situation. Zwar kam sie keinem unerwartet; schon vor den Wahlen war es bekannt, daß sie kommen würde; alle bürgerlichen Kandidaten legten sich schon von vornherein dafür ins Zeug; Missionen waren in diesem Punkte nicht möglich. Mag auch der schwarz-blaue Block geschlagen und damit angeblich die Reaktion vernichtet sein, mag die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstage sein, es geht in den alten Bahnen weiter. Der Imperialismus beherrscht nach wie vor den Wahlen die deutsche Politik, treibt zum endlosen Wettrüsten und befaßt die arbeitende Volksmasse immer schwerer. Mögen die regierenden Kreise, durch den Wahlausfall etwas eingeschüchtert, in der Form vorläufiger Vorgehen, als bei dem brutalen Steuerraubzug von 1909, in Wirklichkeit werden auch jetzt nicht den Kapitalisten, sondern dem besitzlosen Volke die Hauptkosten auferlegt werden. Der Kampf gegen diese volksbedrückende Weltpolitik, gegen Flottenbauten und Heeresvergrößerung, gegen Kolonialpolitik und Teuerung bleibt nach wie vor die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Wie ist dieser Kampf am wirksamsten zu führen? Welche Ziele muß man sich dabei stecken? Für die Beantwortung dieser Frage hängt alles davon ab, wie man sich zu den Zielen der Weltpolitik selbst stellt. Es gibt Personen, die diese Ziele als berechtigt anerkennen, aber die verkehrten Mittel der heutigen Gewaltpolitik verwerfen. Wenn sie sich nicht durch den trügerischen Vorwand der Notwendigkeit von Siedlungsgebieten für den Volksüberschuß betören lassen, betonen sie doch die Notwendigkeit von Kolonien als sichere Absatzmärkte für unsere Industrie. Jedes hochentwickelte kapitalistische Land hat ein Anrecht auf große Kolonialgebiete, weil es sie braucht. Aber es soll sie nicht auf dem Wege des Krieges, sondern auf dem des Friedens verschaffen. Die kolonialreichen Staaten, sollen sich den Ansprüchen kolonialarmer Staaten, wie Deutschlands und Italiens, nicht widersetzen, sondern ihnen aus dem Kolonialbesitz kleiner Länder, die zu viel haben (wie Portugal, Holland, Belgien), ihren Anteil zuweisen. Vernunft und Gerechtigkeit sollen also an die Stelle der Gewalt in der Verteilung der Welt herrschen; dieses Ziel nennt man dann komischerweise „sozialistische“ Kolonialpolitik — von einem Recht der Eingeborenen auf ihr Land ist bei diesen Aposteln der Gerechtigkeit natürlich nicht die Rede. Damit fiele die Notwendigkeit der Rüstungen fort, keine neuen Steuern wären nötig, umgekehrt könnten aus den in den Kolonien gewonnenen Schätzen die Ansprüche des Proletariats auf Sozialreformen befriedigt werden und alles würde sich zum Besten wenden in dieser Welt.

Anders stellen sich diejenigen, die jede Notwendigkeit der Weltpolitik verneinen. Als Vertreter der Klassen, die unter ihren Wirkungen am meisten zu leiden haben, bekämpfen sie die Erscheinungen dieser Politik mit aller Macht. Sie durchschauen die Hohlheit der kapitalistischen Vorwände; Kolonien kommen als Absatzgebiete oder Absatzmärkte für Waren nicht in Betracht, so wenig wie die Flotte zum Schutze des Handels. Das Wettrüsten ist in ihren Augen einfach Wahnsinn, die Flottenbauten und Kanonenankäufe entspringen nur den Weltmachtsträumen des Fürsten und der Possiditucht der Panzerplattenfabrikanten, die durch ihre Schereien, unterstützt durch die Unfähigkeit der Diplomaten, eine ständige Kriegsgefahr heraufbeschwören. Statt Hans Dampf in allen Gassen zu spielen, überall sich dummdreist reinzumischen, dabei den Frieden zu gefährden und Rafenschilder zu bekommen, sollte die Regierung die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern pflegen, damit Handel und Produktion sich ungehindert entwickeln können. Zurück von dem gefährlichen und unsinnigen Weg der Weltpolitik, die nur einigen Großkapitalisten fruchtet und das gesamte Volk schädigt — das soll die Lösung in unserem Kampfe sein; zurück durch friedliche Verständigung der Regierungen zum Zwecke der Abrüstung.

Unsre heutige Einsicht in die Triebkräfte des Imperialismus zeigt uns, daß beide Ziele gleich utopisch sind. Das Großkapital muß Anlagen suchen in fernen Weltteilen, muß sich dort die politische Herrschaft sichern, muß seinen Willen gegen die Konkurrenz und die Eifersucht des ausländischen Kapitals durch Machtentwicklung durchsetzen. Eine unwiderstehliche Kraft treibt es auf diesem Wege weiter; der Imperialismus ist die notwendige letzte Entwicklungsform des Kapitalismus. Sicher bringt er nur dem Großkapital Vorteil, den Volksmassen nur Schaden; aber das Großkapital beherrscht die Welt und die Politik. Utopisch ist es, von Gerechtigkeitsprinzipien bei der Teilung der Welt zu reden; nur durch Flotten- und Militärarmat kann ein Staat den andern zur Anerkennung seiner Ansprüche zwingen; daher bilden Rüstungen, Steuern und Kriegsgefahr ein notwendiges Zubehör zu jeder Weltpolitik. Aber gleich utopisch ist es, von der Einsicht über der Vernunft der Regierungen eine Rückkehr zu der alten Politik aus der Zeit des jungen, heimatzufriedenen Kapitalismus zu erwarten. Ein Zurück gibt es nicht, und was durch die ökonomische Entwicklung unmöglich ist, kann die Sozialdemokratie sich nicht als Ziel setzen.

Soll das besagen, daß wir damit den Kampf gegen den Imperialismus aufgeben müssen? Sollen wir ihn mit seinen Konsequenzen, der immer schwereren Bedrückung und Bedrohung des Volkes durch Steuern und Kriegsgefahr ruhig als ein unabänderliches Schicksal hinnehmen?

Keineswegs. Dieser Schluß wäre genau so falsch wie die alte bürgerliche Behauptung, die marxistische Einsicht in die notwendige gesellschaftliche Entwicklung führe zum Fatalis-

mus. Weil wir wissen, daß die Entwicklung des Kapitalismus notwendig und unvermeidlich ist, vergeuden wir nicht unsre Kraft an dem unmöglichen Ziel, die alte kleinbürgerliche Welt zurückzubringen. Die Wissenschaft zeigt uns den einzig möglichen Weg: vorwärts über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus. Sie zeigt, wie die steigende Auflehnung der Proletariermassen eine notwendige Wirkung der notwendigen Entwicklung ist; die Aufklärung und Organisation dieser Massen, damit sie fähig werden, den Sozialismus zu erkämpfen, bildet den einzigen Weg, den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich zu führen.

Genau so liegt die Sache hier. Die wissenschaftliche Erkenntnis der Wurzeln des Imperialismus zeigt uns, daß es unmöglich ist, ihn aufzuhalten und durch den alten Klein-kapitalismus zu ersetzen. Es gibt nur einen einzigen Weg: vorwärts, über den Imperialismus hinaus zum Sozialismus. Nur dann können wir seinen Lauf aufhalten, wenn wir mächtig genug sind, die Bourgeoisie zu besiegen, d. h. den Sozialismus zu bringen. Der Kampf gegen den Imperialismus bedeutet den Kampf für den Sozialismus, und die beiden großen Mittel in diesem Kampfe sind Aufklärung und Organisation.

Die erste große Waffe des Sozialismus war immer die Aufklärung. Er zeterte nicht über die Unvernunft der Kapitalisten, die für ihren Profit die Volkswohlfahrt vernichteten, er forderte auch nicht die Rückkehr zu der alten besseren Zeit, sondern er klärte die Proletarier über die Ursache ihres Elends auf und sammelte sie zu mächtvollen Organisationen. Nicht anders ist heute unsre Aufgabe: Der Imperialismus rüttelt mit seinen Steuern, seiner Teuerung, seinen Kriegsdrohungen die weitesten Volkskreise auf, die sonst unter der kapitalistischen Ausbeutung ziemlich gleichgültig blieben. Die Aufgabe des Sozialismus ist, sie über die Ursachen ihrer Bedrückung, über die Wurzeln und die Wirkungen des Imperialismus gründlich aufzuklären, damit sie klar ihren Feind sehen, sich keinen Illusionen hingeben und wissen, daß nur im Sozialismus der Ausweg und die Rettung liegt. In diesem Zusammenhang sei hier auf das neu erschienene Werk von Nade: Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse hingewiesen; worin zum erstenmal die gesamte deutsche Politik der letzten Jahrzehnte als eine logische und zielbewußte Politik des Imperialismus klargelegt wird.

Nichts wirkt aufreizender und revolutionärer als die Darlegung der wahren Ursachen der Qualen, worunter wir leiden. Und nichts führt so sicher zum einzigen Mittel, sie zu beseitigen, zum Aufbau einer mächtvollen Organisation des Proletariats. Es ist kein Zufall, daß in den letzten Jahren die Massen der politischen Organisation der Ausgebeuteten der sozialdemokratischen Partei immer rascher zuströmten. Denn gerade in diesen Jahren ist die Einsicht in das Wesen des Imperialismus bei den deutschen Arbeitern immer mehr gereift. Von Anfang an hat unsre Partei die einzelnen Erscheinungen, die Flottenpolitik, die Kolonial-, die Zoll- und die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien energisch bekämpft. Aber dabei fehlte nur zu oft die klare Einsicht, daß sie statt Laune oder Zufall eine zusammenhängende und notwendige Politik des modernen Kapitals bilden, was zu Illusionen oder utopischen Vorschlägen führen mußte. Diese Einsicht konnte erst zum Durchbruch kommen, nachdem der Imperialismus längere Zeit gewirkt und seine Folgen gezeigt hatte. Daß die Erkenntnis seines Wesens, als Frucht theoretischer Studien und politischer Erfahrung in der deutschen Sozialdemokratie jetzt immer festere Wurzeln schlägt, muß ihre Stochkraft gegen diesen schlimmsten Feind der Arbeiter außerordentlich steigern.

Gaukonferenz des Verbands der Sattler und Portefeuller.

Am 21. März tagte im Volkshaus zu Leipzig die zweite Konferenz der Verwaltungsstellen des Mitteldeutschen Bundes. Anwesend waren 28 Delegierte, die 25 Filialen vertraten; außerdem der Zentralvorstand Altmann-Berlin.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Gauleiter Busch gab, entnehmen wir, daß überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Am 1. Januar 1910 zählte der Gau 1162 Mitglieder in 26 Verwaltungsstellen, am 1. Januar 1912 2179 Mitglieder in 30 Verwaltungsstellen. Obwohl die Filiale Hannover dem Gau angegliedert wurde, ist außerdem eine Zunahme von 800 Mitgliedern aufzuweisen. Eingegangen sind die Filialen Meisa, Penig, Geringwalde und Falkenstein. Gegründet wurden die Verwaltungsstellen Lützen, Erfurt, Gera-Elgersburg, Hildesheim, Ohrdruf und Verdau. Auf dem Gebiete der Agitation gibt es noch viel zu tun. Ausgenommen die Sattler in den Klein- und Mittelstädten sind in Glauchau die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederwarenindustrie, in Ohrdruf der Spielwarenindustrie, in Geringwalde der Lederstuhlfabrikation und im Albiongebirge die Peltschneider heranzuziehen. In den Städten Apolda, Braunschweig, Müthen, Dresden, Eisenach, Eisleben, Freiberg, Halle, Hannover, Jena, Leipzig, Magdeburg, Merane und Verdau sind über 75 Prozent der Berufstätigen organisiert. Schlecht stehen die Organisationsverhältnisse in Dessau, Erfurt, Plauen und Zwickau.

Die Lohnkämpfe steigen von Jahr zu Jahr. Sie werden zahlreicher und andauernder und finden auf einer immer größer werdenden Basis statt. Die bedeutendsten Streiks waren in der Reiseeffektenindustrie in Leipzig 1910 und in Zeit in der Kinderwagenbranche 1911. Beide wurden mit Erfolg beendet. Durch die Lohnbewegungen wurden eine Anzahl von Berufstätigen mit Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit bedacht.

Tarifverträge wurden abgeschlossen für die Militärsattler im Königreich Sachsen, Wagensattler in Leipzig, Halle und Dresden, Reiseeffektsattler in Dresden und Magdeburg, Portefeuller in Freiberg und Leipzig, für alle Branchen in Braunschweig und einigen Betrieben in Hannover.

Die Einführung der Gefängnisarbeit bei der Firma Roever, Treibriemenfabrik in Magdeburg, veranlaßte uns, dagegen Stellung zu nehmen. In diesem Bestreben wurden die Ar-

beiter unterstützt von dem Verband der Treibriemen-Industriellen. Alle Bewegungen säßern, läßt der Raum der Zeitung nicht zu. Wir sehen aber an diesem Anzuge, daß es vorwärts geht. Selber wurden durch die verkehrte Wirtschaftspolitik im Reiche alle Verbesserungen an Lohn wieder illusorisch gemacht. Stets von neuem muß der Kampf beginnen.

An der Tätigkeit des Gauleiters wurde keine Kritik geübt. Die Kritik der Beitragsverhöhung auf der nächsten Generalversammlung in München setzte eine lebhafteste Debatte ein. Nachdem der Zentralvorstand Altmann die Beweggründe kargelegt hatte, warum die Beitragsverhöhung vorgenommen werden müsse, sprachen sich die meisten Redner für eine solche aus.

Für den Antrag, in Zukunft keine Gaukonferenzen abzuhalten, sondern mehr Branchenkongresse, stimmte die Mehrzahl.

Zur Diskussion des Zentralarbeitsnachweises wurde Rollens Bohle-Leipzig bestimmt.

Nachdem noch einige Änderungen beim Gauregulativ vorgenommen waren, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband der Sattler und Portefeuller geschlossen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Gänse, Hühner, Tauben- und Kaninchenzucht. Einem Notknecht in Pannsdorf waren aus erbrochenem Stall vier Gänse, eine Hebamme in Schönfeld 8 Hühner, einem Arbeiter in Reudnitz 4 Tauben und 2 Kaninchen gestohlen worden. Nach Perjonen hatten sich wegen dieser Diebstähle, die sich zum Teil nach dem Gesetz als „schwere“ Diebstähle charakterisieren, zu verantworten; teils kamen sie als Diebe, teils als Dieber in Frage. Die Angeklagten waren schon sämtlich, einige darunter sehr schwer, vorbestraft. Die hier folgenden ersten beiden hatten schon einmal einen gemeinschaftlichen Straßeneinbruch, andre öfters Diebstähle begangen. Das Gericht warf folgende Strafen aus: Nader Paul Kellendörf, 27 Jahre alt, 2 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; Gelegenheitsarbeiter Friedrich Hofmann, 26 Jahre alt, 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; Arbeiter Friedrich Haber, 35 Jahre alt, 6 Monate Gefängnis; Kommunalarbeiter Richard Staab, 30 Jahre alt, 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; Arbeiter Karl Reißig, 38 Jahre alt, 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Die Arbeiter Richard Kähler, 29 Jahre alt, Paul Nüßchen, 29 Jahre alt, und Friedrich Schenkel, 28 Jahre alt, erhielten je 2 Wochen Gefängnis. — Die ausgeworfenen, zum Teil sehr hohen Strafen entsprechen allerdings sowohl den gesetzlichen Vorschriften über den „schweren“ und „Mittelschweren“, als auch dem bei solchen Fällen üblichen Strafmaß; sie stehen aber in keinem Verhältnis zu der geringfügigkeit der gestohlenen Objekte.

Durch einen Lichtschacht hindurch gebrungen waren die Arbeiter Hermann Hornung und Walter Kötter, um aus einer Zäubererei in Reudnitz Gegenstände im Werte von etwa 400 Mk. zu entwenden. Beide sind schon vorbestraft. Hornung erhielt 1 1/2 Jahre, Kötter 1 Jahr Gefängnis zudiktirt.

Ein chronischer Parasitiker auf der Aufkagebank. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der 46 Jahre alte Fleischer Ernst Max Winter aus Wildenfels, der im Dezember verhaftet wurde, weil er zwei Betrüglergeleit begangen haben sollte. Er wohnt in Pegau bei dem Fleischermeister Dr., in dessen Auftrag er Viehaukäufe machen und dafür Provision erhalten sollte. W. hat nun auch zwei Kühe gekauft, aber die Tiere gegen Provisionen von 4 bis 16 Mk. an andre Fleischer verkauft. Als diese Leute zu den Gutbesitzern kamen, um die Tiere zu holen, wurde ihnen bedeutet, daß der Fleischer Dr. bereits Anspruch erhoben habe. Dadurch sind diese Leute um die an W. gezahlten Provisionen gekommen. W. aber ersuchte vor Gericht, daß er ganz ehrlich gewesen sei und nicht hätte können, wenn Dr. bei den Gutbesitzern „herumschmüßte“. Er habe das Recht, die Tiere an den zu verkaufen, der ihm die meiste Provision gibt. Wenn diese Handlungen als Betrug ausgelegt würden, so müsse er ganz irre werden. Darüber, daß er verhaftet worden sei, „mach ganz Pegau“, meinte er. Bittlich mußte auch das Gericht zugestehen, daß der eine Fall nichts Strafbares aufweist. Wegen des andern Falles aber wäre der Angeklagte zu verurteilen gewesen, wenn er für zurechnungsfähig gehalten worden wäre. Aber nach dem Gutachten des Gerichtsarztes leidet W. an chronischer Verwirrtheit; er hat Verfolgungsideen und glaubt, die evangelische Kirche wolle ihn totmachen. Er ist erblich belastet; sein Vater ist Trinker gewesen, ein Onkel hat sich an Schwermut erhängt, eine Zante ist im Irrenhause gestorben. Der Angeklagte hat früher selbst oft getrunken und hat schon einmal eine Gehirnerschütterung erlitten; auch hat er bereits jahrelange Freiheitsstrafen wegen Betrugs hinter sich. Unter diesen Umständen wurde W. freigesprochen und wieder in Freiheit gesetzt.

Ein unternehmungslustiger Elbote ist der 23jährige Artur Richard Hermann Graf, der beauftragt wurde, die Summe von 1000 Mk. zur Bezahlung von Rechnungen zu verwenden. Aber G. ging mit dem Gelde nach Amerika, lebte dort sorglos ein Weischen und kehrte zurück, nachdem das Geld alle geworden war. Er stellte sich der Behörde und erhielt für die Unterschlagung 6 Monate Gefängnis zudiktirt.

Schöffengericht.

Verleumdung eines Arbeiters durch den Unternehmer. Der Steinseher S. war bei dem Baumeister Willibald Hofmann in Wahren in Arbeit getreten und hatte einen Arbeitsvertrag unterschrieben, dessen Bestimmungen dem zwischen dem Unternehmer und den Steinsehern abgeschlossenen Tarif zumiderlaufen. Der Steinseher wendete sich deshalb an seine Organisation und diese setzte sich mit der Unternehmerorganisation ins Einvernehmen. Herr Hofmann wurde nun von seiner eigenen Organisation zur Rede gestellt. Hierüber war er aufgebracht, ging zur Arbeitsstelle und nannte den Steinseher S. einen Reklami und Denunzianten, der nicht männlich gehandelt habe. Der Steinseher verklagte daher seinen „Vorgeber“; dieser sah ein, daß es das Beste sei, sich zu verhalten. Er bedauerte es, wenn er bei dem Vorfall beleidigende Worte gebraucht haben sollte und übernahm die sämtlichen Kosten. Es sei noch vermerkt, daß Hofmann verklagte, die Unterchrift der Steinseher, die ja einen besonderen Tarif hätten, solle nicht als bindend für die Arbeitsordnung gelten, sondern nur zur Anmeldung für die Ortskrankenkasse verwendet werden. Die Arbeitsordnung gelte nur für die in der Kiesgrube beschäftigten Arbeiter.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt tätig für die Werbung neuer Abonnenten!

MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern. Drei Vorzüge: 1. Große Ausgiebigkeit und Billigkeit. 2. Kurze Kochzeit und bequemste Zubereitung. 3. Jede Sorte hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack. Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen.